



Cutting-edge, affordable, ready: Impulse zur Stärkung des europäischen Verteidigungssektors

von Markus Woelke, André Keller und Tobias Müller

Zur Stärkung der europäischen Verteidigungsbereitschaft bedarf es zwingend einer Neuordnung des Verteidigungssektors in Europa, die aktiv von der Industrie begleitet und mitgestaltet wird. Dieses Arbeitspapier analysiert die Herausforderungen und gibt Empfehlungen, wie der Transformationsprozess durch die Industrie vorangetrieben und nachhaltig gefestigt werden kann.

„*Whatever it takes*“ – das müsse angesichts der Bedrohungslage Europas jetzt auch für die Verteidigung gelten, forderte Friedrich Merz am 4. März 2025. Zwei Wochen darauf schufen Bundestag und Bundesrat die Voraussetzungen, durch die Aussetzung der Schuldenbremse für Verteidigungsausgaben und ein zusätzliches schuldenfinanziertes Sondervermögen für Infrastruktur die militärische und zivile Verteidigungsbereitschaft Deutschlands und damit auch Europas in finanziell bislang ungekanntem Maß zu stärken. Dieser Schritt ist begründet durch die geopolitischen Umbrüche, die sich im aktuellen Tauziehen zwischen dem Weißen Haus und dem Kreml über die Beendigung des Kriegs in der Ukraine manifestieren, ohne die Ukraine selbst und die weiteren Europäer bislang angemessen zu beteiligen. Die Europäische Union sieht sich mit einem präzedenzlosen Sicherheitsrisiko konfrontiert. Deutschland und Europa müssen ihre strategische Autonomie stärken und ihre Kriegstüchtigkeit glaubhaft entwickeln, um auf die neuen Unwägbarkeiten zu reagieren und Russland von weiteren Aggressionen abzuschrecken.

Auf EU-Ebene gibt das am 19. März 2025 veröffentlichte **Joint White Paper for European Defence Readiness 2030** von Andrius Kubilius, dem Kommissar für Verteidigung und Raumfahrt, und der Hohen Vertreterin Kaja Kallas die zukünftige Richtung vor. Der Europäische Rat hat auf seiner Außerordentlichen Tagung am 6. März 2025 diese Vorschläge bereits weitgehend indossiert. Neben der weiteren entschlossenen Unterstützung der Ukraine ist das Ziel, gestützt auf die Arbeit der Europäischen Verteidigungsagentur und in Übereinstimmung mit den NATO-Fähigkeitszielen, so rasch wie möglich die kritischen militärischen Fähigkeitslücken der Europäer zu schließen und langfristige Einsatzfähigkeit sicherzustellen.¹

Wesentlicher Hebel dafür soll eine systematischere gemeinsame Beschaffung durch die EU-Mitgliedstaaten sein, gestützt auf eine Bündelung der Nachfrage und Harmonisierung der Anforderungen. Dies knüpft an das seit Oktober 2023 bestehende Programm EDIRPA (*European Defence Industry Reinforcement through common Procurement Act*) an, welches sich bislang nur auf 310 Millionen Euro beläuft. Um für mehr gemeinsame Beschaffung die notwendigen Anreize zu schaffen und die erforderlichen Finanzmittel zu mobilisieren, hat Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am 4. März 2025 das EU Verteidigungspaket **ReARM** (*Reinforcement European Armament & Manufacturing*) vorgeschlagen. Dieses beinhaltet das neue EU-Instrument **SAFE** (*Security and Action for Europe*) in Höhe von 150 Milliarden Euro EU-gestützter Kredite für gemeinsame

¹ Die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 6. März 2025 nennen in Ziffer 5 f) als vorrangige Handlungsbereiche: „Luft- und Raketenabwehr, Artilleriesysteme, einschließlich Fähigkeiten für weitreichende Präzisionsschläge [...], Flugkörper und Munition, Drohnen und Drohnenabwehrsysteme, strategische Enabler, auch in Bezug auf den Weltraum und den Schutz kritischer Infrastrukturen, militärische Mobilität, Cyber-Fragen, künstliche Intelligenz und elektronische Kampfführung.“

Investitionen durch die EU-Mitgliedstaaten. Zudem soll als Sofortmaßnahme die nationale Ausweichklausel des Stabilitäts- und Wachstumspakts aktiviert werden, um den EU-Mitgliedstaaten zu ermöglichen, ihre jeweiligen Verteidigungsausgaben massiv zu erhöhen, ohne ein Defizitverfahren zu fürchten. Bei einer Erhöhung der Verteidigungsausgaben durch alle Mitgliedstaaten im Schnitt um jeweils 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts könnte dies einen gemeinsamen zusätzlichen haushaltspolitischen Spielraum von knapp 650 Milliarden Euro für einen Zeitraum von vier Jahren schaffen. Diese Regelung hilft etwa Deutschland, während Länder mit bereits sehr hoher Staatsverschuldung wie Frankreich oder Italien angesichts höherer Kosten für ihre zusätzliche Schuldenaufnahme davon weniger profitieren. Die Beratungen beim Europäischen Rat am 20. und 21. März 2025 haben gezeigt, dass die Diskussion zur Finanzierung auf EU-Ebene noch nicht abgeschlossen ist.

Das *White Paper* und die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates sehen zur Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie darüber hinaus vor, den Zugang zu Krediten und privatem Kapital zu fördern sowie Forschung und Innovation, insbesondere im Bereich disruptiver Technologien, stärker zu unterstützen. Dafür gilt es, rasch die Verhandlungen über das *European Defence Industry Programme* (EDIP)² abzuschließen. Schließlich ist angekündigt, bis Juni 2025 mit einer sogenannten Omnibus-Gesetzgebung in einem zusammenfassenden Rechtsakt die Vergabe-, Genehmigungs- und Meldeverfahren für die Verteidigungswirtschaft zügig zu entbürokratisieren und zu vereinfachen.

Zur Umsetzung innerhalb der EU braucht es nun das entschlossene Vorgehen der größten Bedarfsträger, angeführt von Deutschland und Frankreich, in enger Zusammenarbeit mit Polen, Italien, aber auch mit dem Vereinigten Königreich wo erforderlich, um wesentliche Leuchtturmprojekte im Verteidigungsbereich voranzutreiben. Gerade auf Deutschland kommt es dabei aufgrund seiner geographischen und ökonomischen Lage in ganz besonderem Maße an, was auch der Besuch von EU-Kommissar Kubilius in Berlin zur öffentlichen Diskussion des *White Paper* nur zwei Tage nach dessen Veröffentlichung unterstrich.

Die Weichen sind national und auf EU-Ebene gestellt. Die politischen Entscheidungsträger scheinen bereit, die notwendigen Finanzmittel kurz- und mittelfristig zu garantieren, um die strategische Abhängigkeit Europas zu verringern und die europäische Verteidigungsindustrie in die Lage zu versetzen, die erforderliche Ausrüstung auf höchstem technischen Niveau („*cutting-edge*“), in der benötigten Menge und zu vernünftigen Preisen („*affordable*“) sowie mit dem erforderlichen höheren Tempo („*ready*“) bereitzustellen.

Vor welchen Herausforderungen steht die europäische Sicherheits- und Verteidigungsindustrie?³

Politische und institutionelle Unsicherheit: In einer Zeit, in der die globalen Sicherheitsherausforderungen immer komplexer werden, befindet sich der europäische Verteidigungssektor in einem Umbruch, während zugleich auf absehbare Zeit Unsicherheit herrscht, welche Rolle NATO und EU bei diesem Transformationsprozess in Zukunft exakt spielen werden, wie sich die Verflechtungen zwischen den beiden Institutionen gestalten und wie sich die transatlantische Partnerschaft fortentwickeln wird. Mit kurz- sowie längerfristigen Veränderungen oder gar Brüchen ist zu rechnen. Als Reaktion auf die neue US-Außenpolitik unter Präsident Donald Trump haben zum Beispiel Kanada und Portugal angekündigt, ihre jeweilige Haltung zur Beschaffung von amerikanischen F-35-Kampfflugzeugen zu überdenken oder sogar zu revidieren.

² EDIP ist eine Verordnung, die nach Vorschlag der EU-Kommission noch in Ministerrat und Europaparlament beraten wird. Sie sieht ein Finanzvolumen von 1,5 Milliarden Euro aus dem EU-Haushalt (Zeitraum 2025-2027) für konkrete Maßnahmen zur Umsetzung der *European Defence Industrial Strategy* (EDIS) vom 5. März 2024 vor einschließlich eines *Ukraine Support Instrument* (USI) zur Stärkung der ukrainischen Rüstungsindustrie.

³ Die EU spricht in der Regel von der *European defence technological and industrial base*.

Effizienz und Effektivität: Das Anforderungsmanagement der militärischen Beschaffung in Europa war in der Vergangenheit zu häufig auf Goldrandlösungen und nationale Sonderwünsche fokussiert, was zu komplexen und kostspieligen Entwicklungen durch die Industrie führte, die oftmals nationale Interessen über europäische Effizienz stellten. Die daraus resultierende Fragmentierung beschränkt Interoperabilität, verhindert Skalierung und führt zu Ineffizienzen im gesamten System, da sich nationale Lieferketten oftmals überschneiden und der Zugang zu einheitlichen Ressourcen und Know-how erschwert wird.

Innovationsfähigkeit: Trotz des technologischen Potenzials mangelt es der europäischen Industrie aktuell an der erforderlichen Agilität und Innovationskraft. Dies resultiert aus einer traditionell starken Konzentration auf Großprojekte, während die Entwicklung in Bereichen wie Drohnen, Cyberabwehr oder elektronischer Kampfführung hinterherhinkt. Mit Blick auf Vorreiter wie Israel, das aktuell etwa 160 erfolgreiche *Defence-Tech*-Startups zählt, könnte Europa viel von dessen Industriedesign lernen, um selbst eine Kultur der technologischen Innovation zu etablieren. Zugleich gilt es, die unter Kriegsbedingungen in der Ukraine entwickelten, hoch agilen Strukturen für Innovation und Skalierung zu bewahren und die starken ukrainischen Unternehmen so weit wie möglich in die europäische Industrielandschaft zu integrieren.

Resilienz: Die bisherige Abhängigkeit von Importen (einschließlich aus den USA) beeinträchtigt die Fähigkeit Europas, selbstständig und nachhaltig zu agieren. Lieferketten sind fragmentiert, insbesondere bei kritischen Elementen wie Halbleitern, Mikrochips und seltenen Erden, die essenziell für fortschrittliche militärische Technologien sind. Deshalb sollten die EU-Mitgliedstaaten unterstützt von der Industrie verstärkt Anstrengungen unternehmen, um die innereuropäische Förderung von seltenen Erden, zum Beispiel in Grönland, Schweden und Norwegen, massiv zu beschleunigen sowie die Herstellung von Halbleitern auszubauen. Im Rahmen von EDIP möchte die EU zudem das Anlegen von strategischen Reserven unterstützen.

Politische Führung, kulturelles Mindset und Erfahrungen europäischer Zusammenarbeit: Damit der gewünschte Effizienzgewinn durch Kooperationsprojekte und gemeinsame Beschaffung gelingt, braucht es starken und kontinuierlichen politischen Druck durch den Europäischen Rat sowie eine stärkere Rolle der Europäischen Kommission, zum Beispiel im Bereich der Standardisierung und gegenseitigen Anerkennung von Zertifizierungen. Konkrete Projekterfahrungen und kooperative Ansätze zwischen den Verteidigungsministerien und der europäischen Industrie existieren bereits, müssen aber stärker gefördert und ausgebaut werden. Zu häufig haben bislang unterschiedliche Strukturen, Interessen und Mentalitäten dazu geführt, dass nationaler Eigensinn und Beharrungsvermögen das System lähmen und wertvolle Ressourcen, Zeit und Geld verschwendet werden. Enge Abstimmung, klare Zielsetzungen und gemeinsames Lernen sind entscheidend, um zukünftige Kooperationen erfolgreich zu gestalten. Um die aktuellen Herausforderungen in der Zusammenarbeit, zum Beispiel beim *Future Combat Air System* (FCAS) oder beim *Main Ground Combat System* (MGCS) zu überwinden, braucht es einen klaren *tone from the top* und politische Führung. Kooperation, Effizienz und Konsolidierung müssen Hand in Hand gehen.

Die Zeit drängt: Zeit ist ein entscheidender Faktor bei diesem Transformationsprozess. Es stellt sich die Frage, wie schnell die Industrie die für die Aufrüstung Europas erforderlichen Kapazitäten ausbauen und Investitionen tätigen kann. Langfristige Bestellungen und Rahmenverträge spielen dafür eine entscheidende Rolle, um verschiedene Fähigkeitsbereiche effektiv abzudecken und der Industrie klare und verlässliche Rahmenbedingungen zu geben.

„Fair share“ statt „juste retour“: Essenziell ist für die Zukunft, über „juste retour“ hinauszugehen. Dieser Ansatz regelt bislang für gemeinsame Rüstungsprojekte, dass immer alle Staaten anteilig an der Führung und die jeweiligen nationalen Industrien anteilig an den Arbeitspaketen des Projekts zu beteiligen sind. In einem neuen, effektiveren und konsolidierten Gesamtdesign der europäischen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie gilt es dagegen, über alle Fähigkeitsprojekte hinweg einen „fair share“ in Bezug auf das Bruttoinlandsprodukt und die Schaffung von Arbeitsplätzen, unter Einbeziehung von mittelständischen Unternehmen und Zulieferern zu erreichen. Hier liegt der Ball ganz maßgeblich bei der Industrie. Denn nur wenn es den Unter-

nehmen gelingt, auch den kleineren Mitgliedstaaten ohne maßgebliche eigene Verteidigungsindustrie aufzuzeigen, wie solch ein zukünftiges Gesamtsystem aussehen könnte, das die Bedarfe deckt, von dem aber auch europaweit alle wirtschaftlich profitieren, werden diese Mitgliedstaaten bereit sein, den Schritt zu mehr gemeinsamer Beschaffung entschlossen mitzugehen. Die häufig industrieseitig geäußerte Forderung nach zuerst verlässlichen Bestellungen und Rahmenverträgen, dann werde der Markt schon allein die entsprechende europaweite Konsolidierung bewirken, greift zu kurz.

Empfehlungen für die europäische Sicherheits- und Verteidigungsindustrie

1. Effizientere Industriestruktur durch Konsolidierung und Industriekooperation

Die wesentliche Maßnahme zur Stärkung des europäischen Verteidigungssektors ist die Konsolidierung auf europäischer Ebene, um die industrielle Struktur stärker aufgabenteilig zu organisieren und zu zentralisieren. Durch die Bündelung von Ressourcen und Kompetenzen können Skaleneffekte besonders in den Bereichen Logistik, Produktion und Wartung erzielt werden. Eine gemeinsame Innovationskraft würde durch die Teilung der Entwicklungskosten unterstützt werden, was die länderübergreifende Zusammenarbeit und internationale Expansion erleichtern würde. Hierbei sind verschiedene Ansätze denkbar, wie die Übernahme und Konsolidierung von Systemintegratoren und Zulieferern oder *Joint Ventures* für neu entstehende Industrien. Die weitere Unterstützung und Integration der ukrainischen Rüstungsindustrie spielen in diesem Zusammenhang eine besondere Rolle.

Der Krieg in der Ukraine und die Entscheidungen im Rahmen von NATO und EU haben in den letzten zwei Jahren zu signifikanten Fortschritten der Konsolidierung in den Bereichen Luftverteidigung, Landsysteme und Munition geführt. Ein Beispiel für gelungene Konsolidierung ist das auf Flugkörper spezialisierte Unternehmen MBDA. In anderen Sektoren wie Schiff- oder Flugzeugbau hinkt die Konsolidierung jedoch hinterher. Für Fortschritt braucht es eine stärkere politische Unterstützung und bessere Orchestrierung, aber auch mutige Vorstöße und Initiativen von Seiten der Industrie. Die etwaige Einbindung von ausländischen Firmen außerhalb der EU in diesem Konsolidierungsprozess ist eine zweiseitige Frage. Sie kann gegebenenfalls Möglichkeiten zur Erschließung neuer Exportmärkte schaffen, aber auch zu zusätzlichen Abhängigkeiten führen.

Bei einer fortschreitenden europäischen Konsolidierung und der eventuellen Schaffung von de-facto-Monopolen in bestimmten Fähigkeitsbereichen sollte die Industrie aus Eigeninteresse mit vertraglichen Regelungen sicherstellen, dass Mechanismen zur Vermeidung von Übertreibungen greifen. Dort, wo eine Konsolidierung nicht praktikabel ist, sollten neue Zusammenarbeitsmodelle intensiviert werden, zum Beispiel im *dual-use*-Bereich in Form verstärkter Kooperation der traditionellen Verteidigungsindustrie mit zivilen Unternehmen. Besonderer Bedeutung kommt beispielsweise in Deutschland der Zusammenarbeit mit der Automobilindustrie und ihren Zulieferern zu, um weitere Produktionskapazitäten zu erschließen.

2. Hochtechnologie und Massenproduktion

Die Zielsetzung, dass bis 2030 40 Prozent der militärischen Beschaffungen in der EU kollaborativ durchgeführt werden sollen,⁴ zeigt die Richtung des Transformationsprozesses an. Bei Beschaffungen wird die Balance zwischen technologischer Führerschaft („*cutting edge technology*“) und schnell produzierbarer, erschwinglicher Masse an Waffensystemen („*affordable mass*“) in Zukunft eine wichtige Rolle spielen. Der Krieg in der Ukraine lehrt, dass es auf beides ankommt. National und auf EU-Ebene müssen dafür bei der Ausgestaltung von EDIP und SAFE differenziert die richtigen Anreize gesetzt werden. Aber auch die Industrie selbst muss sich bei dem europaweiten Transformationsprozess auf diese doppelte Herausforderung einstellen.

⁴ So vorgeschlagen in der *European Defence Industrial Strategy* (EDIS) vom 5. März 2024, Punkt 2.2.1. Bereits seit 2007 bestand gemäß einem Beschluss des EDA-Lenkungsausschusses für die EU-Mitgliedstaaten ein Ziel von 35 Prozent, das jedoch nie erreicht wurde.

3. Vereinfachter Zugang zu Arbeitskräften, Kapital und Technologie

Arbeitskräfte: Damit der rasche Ausbau von Produktionskapazitäten erreicht wird, benötigt die Industrie besseren Zugang zu und schlicht mehr qualifizierte und sicherheitsüberprüfte Arbeitskräfte. Arbeitnehmerrotation mit anderen Industrien und insbesondere mit öffentlichen Auftraggebern ist ein Ansatz, um Kompetenzen zu entwickeln und zu übertragen. Gerade in Deutschland tut sich in diesem Sinne unter dem Slogan „*car to defence*“ bereits einiges. Die europäische Sicherheits- und Verteidigungsindustrie muss diesen Prozess zusammen mit den Beschäftigten, Gewerkschaften und unterstützt durch die Politik engagiert gestalten. Auch eine gesellschaftliche Imageverbesserung trägt zur Attraktivität des Verteidigungssektors für Fachpersonal bei. Ein kritischer Flaschenhals ist die Durchführung von Sicherheitsüberprüfungen, die für viele Tätigkeitsbereiche unverzichtbar sind. Hier gilt es, gemeinsam mit den Behörden pragmatische Lösungen zu finden, wenn die Skalierung im Industriebereich gelingen soll.

Kapital: Der gordische Knoten für die Schließung der drängendsten europäischen Fähigkeitslücken waren mit Blick auf die Finanzierung bislang die EU-Konvergenzkriterien und die Schuldenbremse in Deutschland. Dieser scheint nun durchschlagen. Eine Weiterentwicklung der ESG-Kriterien mit Blick auf die Verteidigungsindustrie bleibt jedoch zwingend notwendig, um ein positiveres Investitionsklima zu schaffen und besseren Zugang zu privatem Kapital zu ermöglichen. Förderbanken wie die deutsche Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und die Europäische Investitionsbank (EIB) müssen stärker in die Bereitstellung von Kapital und in die Hebelung privater Investitionen eingebunden werden.

Die Ankündigung der Europäischen Kommission, das Investitionsvolumen der EIB für Projekte auch in den Bereichen Drohnen, Weltraum und Cybersicherheit auf zwei Milliarden Euro jährlich zu erhöhen, ist ein erster Schritt in die richtige Richtung und hat Signalwirkung für weitere Investoren. Auch die Schaffung eines dezierten Arbeitsbüros für Sicherheit und Verteidigung innerhalb der EIB wird die Koordination der Förderung von Finanzierungen in diesem Sektor verbessern. Eine Öffnung gegenüber Investitionen von Investmentfonds, auch im Kontext der angepassten ESG-Taxonomie, würde zur Steigerung des privaten Investitionsvolumens beitragen. Banken, Pensionsfonds und Versicherungen sollten zudem ermutigt werden, die Finanzierung von Verteidigungsprojekten zu vereinfachen und zu intensivieren.

Technologie: Die Steigerung der Innovationskraft und der Zugang zu fortschrittlichen Technologien können durch gemeinsame Entwicklungsprojekte sowie Partnerschaften und Kooperationen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie mit Start-ups, Technologiefirmen und Universitäten beziehungsweise Technologieclustern gestärkt werden. Die in Deutschland an vielen Universitäten und Forschungseinrichtungen geltenden sogenannten Zivilklauseln stehen dem allerdings zum Teil entgegen – hier ist die Politik gefragt.

4. Zusammenarbeit zwischen Industrie und Streitkräften

In der Zusammenarbeit zwischen Industrie und Streitkräften gibt es weiteres Synergiepotenzial. Unter dem Aspekt von Kapazitätsengpässen, besonders im Bereich IT und Wartung, kann eine neue Generation von *Public-Private-Partnerships* effiziente Lösungen bieten, wie das Beispiel der bereits seit 2003 bestehenden Eurofighter Kooperation Zelle (EKZ) zur Wartung der deutschen Kampfflugzeuge zeigt. In Zukunft muss es zudem besser gelingen, Entwicklungsprojekte früher in die Truppe zu bringen und zwischen den Streitkräften und der Industrie den *feedback loop* zu stärken. Die Erfahrungen der ukrainischen Verteidigungsindustrie mit ihrer kriegserprobten Expertise in den Bereichen KI und Drohnen („*develop and produce as you fight*“) müssen in diesem Sinne genutzt werden. *Joint-Venture*-Ansätze in der Ukraine bieten Möglichkeiten zur noch engeren Zusammenarbeit und Synergien, ähnlich dem Vorgehen von Rheinmetall mit seiner geplanten Munitionsfabrik. Auch die Idee von Campus-Strukturen, auf denen militärische Nutzer, Beschaffer, etablierte Erstausrüster (*O-EMs*) und Start-ups zusammenkommen und iterative Lösungen entwickeln und testen, kann helfen, die schnellen Innovationszyklen in militärische Produkte und Lösungen zu überführen.

Fazit: ReARM Europe now!

In einer Zeit, die von rasantem technologischen Fortschritt und großen geopolitischen Unsicherheiten geprägt ist, muss die Transformation des europäischen Verteidigungssektors entschlossen und effizient angegangen werden. Dabei sind alle relevanten Stakeholder gefragt: Politik, Industrie, Kapitalgeber und Beschäftigte müssen gemeinsam an einem Kulturwandel arbeiten, um den großen Herausforderungen gerecht zu werden. Es bedarf eines schnellen und mutigen Handelns, gemäß dem Pareto-Prinzip, um das Optimum an Effizienz und Wirkung zu erzielen. Die Industrie ist gefordert, verstärkt Risiken einzugehen, während die Politik die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen und für ausreichende Auftragsvolumina sorgen muss. Jeder muss sich bewegen und hat seinen Beitrag zu leisten. Die für die Umsetzung der Empfehlungen erforderliche Diskussion gilt es politisch, industriell und gesellschaftlich entschlossen zu führen, um die Zukunft Europas in Frieden und Freiheit nachhaltig zu sichern.

Entscheidend ist, dass die europäische Sicherheits- und Verteidigungsindustrie diesen Transformationsprozess maßgeblich mitgestaltet, um in die Lage zu kommen, effektiv und effizient das volle Spektrum an militärischer Ausrüstung für die europäischen Streitkräfte bereitzustellen – in der richtigen Qualität und Quantität. Im Vorfeld der Münchner Sicherheitskonferenz (MSC) 2025 haben die Autoren die gemeinsame Studie [*Cutting-edge, affordable, ready*](#)⁵ und einen Aufruf zum Handeln veröffentlicht. Die Botschaft, die aus den intensiven Diskussionen bei der MSC und in anderen Gesprächsrunden hervorging, ist eindeutig: Europa kann es schaffen und sollte selbstbewusst auftreten.

Markus Woelke, Botschaftsrat Erster Klasse, ist Vizepäsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik. **André Keller** ist Partner der Unternehmensberatung Strategy&, Teil des PwC Netzwerks, und berät Klienten in der Raumfahrt- und Verteidigungsindustrie. **Dr. Tobias Müller** ist Senior Associate der Unternehmensberatung Strategy& und arbeitet ebenfalls im Team für Luft-, Raumfahrt- und Verteidigungsindustrie. Die Autoren geben ihre persönliche Meinung wieder.

Alle Ausgaben der Arbeitspapiere Sicherheitspolitik sind verfügbar auf:
www.baks.bund.de/de/service/arbeitspapiere-sicherheitspolitik

⁵ Die Studie *Cutting-Edge, Affordable, Ready: A Vision for Europe's Defense Industrial Future* wurde im Vorfeld der Münchner Sicherheitskonferenz 2025 von Strategy&, Teil des PwC Netzwerks, in Zusammenarbeit mit der Bundesakademie für Sicherheitspolitik erstellt. Sie ist online verfügbar unter www.strategyand.pwc.com/de/en/eu-defense-industrial-future.html.